

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2737

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2737



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

20 Erfolgsprojekte für die 20er-Jahre

24. August 2020

Die Folgen der Corona-Krise sind eine der grössten Herausforderung seit Jahrzehnten. Kurzfristig war schnelle und unbürokratische Hilfe die richtige Antwort. Die Schweiz der Zukunft braucht aber mehr. Klassische Konjunkturpakete sind keine Lösung: Sie verpuffen, wirken zu spät oder am falschen Ort. Die Grünliberalen fordern stattdessen liberale Reformen, um das Potential unserer Gesellschaft besser zu nutzen und den Unternehmergeist zu stärken. Der konsequente Schutz von Klima und Biodiversität sichert unsere Lebensgrundlagen und erhöht die Krisenfestigkeit unseres Landes. Dazu kombinieren wir Digitalisierung und Mobilität mit intelligenten Investitionen optimal. Mit 20 Erfolgsprojekten machen wir die 20er-Jahre trotz schwierigem Start zu einer Erfolgsgeschichte.

Die Corona-Krise hat abstrakte Themen auf einen Schlag konkret gemacht. Gesunde Staatsfinanzen sind kein Selbstzweck, sondern schaffen uns für schlechte Zeiten tatsächlich den notwendigen Handlungsspielraum. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein nice-to-have, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Und Digitalisierung darf kein Schlagwort bleiben, vielmehr muss die Politik die riesige Chance endlich beim Schopf packen und sie in allen Bereichen prioritär und koordiniert vorantreiben.

Gleichzeitig müssen wir die anderen grossen Herausforderungen unserer Zeit anpacken. Neben dem Schutz vor Pandemien gefährden der menschengemachte Klimawandel und der Biodiversitätsverlust unsere Lebensgrundlagen. Die Antwort auf Corona darf deshalb kein lähmender Stillstand oder ein Festhalten an alten Denk- und Handlungsmustern sein. Es ist Zeit, zukunftsweisende Reformen mit hohem Tempo umzusetzen und in eine nachhaltige Zukunft zu investieren.

Multilateralismus statt Protektionismus

Abschottung und Protektionismus sind keine Lösung - im Gegenteil: Die grossen Herausforderungen unserer Zeit meistern wir nur durch internationale Vernetzung. Deshalb setzen wir auf mehr Europa, mehr Handel und mehr internationale Zusammenarbeit.

Mit den folgenden 20 Erfolgsprojekten wollen die Grünliberalen mithelfen, die 20er-Jahre trotz schwierigem Start zu einer Erfolgsgeschichte zu machen.



20 Erfolgsprojekte für die 20er-Jahre

Unsere Gesellschaft hat noch so viel Potential: Nutzen wir es.	3
Erfolgsprojekt 1: Individualbesteuerung und Weiterbildung für mehr Fachkräfte	3
Erfolgsprojekt 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	3
Erfolgsprojekt 3: Faire Altersvorsorge auch für Junge und Teilzeitangestellte	4
Erfolgsprojekt 4: Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandortes Schweiz	4
Erfolgsprojekt 5: Chancengleichheit schaffen und Talente fördern	5
Stärken wir Unternehmergeist und Wettbewerb: Sie sind die Basis von Innovation und wirtschaftlichem Erfolg	5
Erfolgsprojekt 6: Liberaler Arbeitsmarkt und fairer Wettbewerb	5
Erfolgsprojekt 7: Staatsnahe Unternehmen fokussieren auf den Service public	6
Erfolgsprojekt 8: Steuern verbessern, nicht erhöhen	6
Schützen wir unsere Lebensgrundlagen: Werden wir Vorreiter beim Schutz von Klima und Biodiversität	7
Erfolgsprojekt 9: Erneuerbare Energien, Effizienz und Speicherung	7
Erfolgsprojekt 10: Jedes Gebäude wird ein Kraftwerk	8
Erfolgsprojekt 11: Das Potential der pflanzlichen Ernährung nutzen	8
Erfolgsprojekt 12: Green Bonds für mehr Klimainvestitionen	8
Erfolgsprojekt 13: Offensive zur Stärkung der Biodiversität	9
Erfolgsprojekt 14: Weniger Abfall, mehr Kreislaufwirtschaft	9
Investieren wir intelligent: Digitalisierung und Mobilität kombinieren	10
Erfolgsprojekt 15: Intelligente Mobilität	10
Erfolgsprojekt 16: Rascher Ausbau der digitalen Infrastruktur	10
Erfolgsprojekt 17: Schweizweite IT- und Datenstrategie	11
Zusammen sind wir stärker: Setzen wir auf mehr Europa, Handel & Zusammenarbeit	11
Erfolgsprojekt 18: Handel und Kooperation	11
Erfolgsprojekt 19: Mehr Europa	12
Erfolgsprojekt 20: Stärkung der Entwicklungshilfe und des internationalen Klima- und Naturschutzes	12



Unsere Gesellschaft hat noch so viel Potential: Nutzen wir es.

Die Schweiz leidet unter einem grossen Fachkräftemangel. Das hat vielfältige Ursachen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ungenügend, die Bildungs- und Weiterbildungsangebote sind nicht mehr überall zeitgemäss und nicht selten wird das Zweiteinkommen einer Familie von den Steuern gleich wieder weggefressen. Ohne geeignete Massnahmen wird sich dieses Problem in Zukunft noch verstärken. Es ist höchste Zeit, dass wir uns auf den Arbeitsmarkt der Zukunft ausrichten. Dies bedingt gezielte Reformen beim Steuersystem, bei Bildung und Forschung und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neue Arbeitsmodelle und Plattformdienste müssen ermöglicht statt verhindert werden. Damit können wir die vielfältigen Potentiale der Menschen in unserem Land viel besser nutzen.

Erfolgsprojekt 1: Individualbesteuerung und Weiterbildung für mehr Fachkräfte

Die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren führt zu einer sehr hohen Steuerbelastung des Zweiteinkommens. Dadurch lohnt sich Erwerbstätigkeit oft kaum mehr oder sie wird sogar finanziell bestraft. Durch so schlechte Erwerbsanreize wird der Fachkräftemangel verstärkt und wichtige Steuereinnahmen gehen verloren. Eine rasche Korrektur dieser absurden Situation ist im Sinne von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen für die Aus- und Weiterbildung für den Arbeitsmarkt von morgen schaffen (bspw. in den Bereichen Digitalisierung, Klima, Care-Arbeit usw.). Berufliche Wechsel und Umschulungen zwischen den Branchen müssen einfacher werden.

- Wir fordern die Einführungen der Individualbesteuerung, um die Steuerbelastung des Zweiteinkommens zu senken. Die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner/-innen zahlt sich dadurch viel besser aus. Studien zeigen, dass dadurch das Potential von bis zu 50'000 gut qualifizierten Vollzeitstellen freigesetzt wird. Insbesondere für gut ausgebildete Frauen, die ihren bezahlten Erwerb reduziert haben, werden so die Voraussetzungen für eine stärkere Teilnahme am Berufsleben geschaffen.
- Die Arbeitswelt und die Anforderungen an Arbeitskräfte verändern sich rasant. Die Berufsbildung muss stärker auf lebenslanges Lernen und den digitalen Wandel ausgerichtet werden. Bundesgelder sollen konsequent an diese Kriterien gebunden werden. Die Gleichwertigkeit und die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist zu verbessern und die Berufswahlvorbereitung an der Verbindungsstelle zwischen obligatorischer Schule und Sekundarstufe II zu optimieren.
- Wir stärken die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Einführung einer Säule 3w. Damit soll die Weiterbildung analog zur Altersvorsorge in der Säule 3a unterstützt werden.
- Die vereinfachte Anerkennung und Anrechnung bestehender Kompetenzen beim Erwerb von neuen/zusätzlichen Zertifikaten muss gestärkt werden, bspw. mit einer «Teilzeit-Zweitlehre».

Erfolgsprojekt 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Schweiz ist immer noch ungenügend. Ein Elternurlaub fehlt und das Angebot an Tagesschul-Strukturen ist vielerorts mangelhaft. Dazu kommt, dass die hohen Kosten für Kindertagesstätten und die zusätzliche Steuerbelastung oft dazu führen, dass sich die Erwerbstätigkeit beider Elternteile kaum auszahlt. Wenn Eltern ihre berufliche Tätigkeit aufgeben oder stark reduzieren, bleibt ein grosses wirtschaftliches Potential an Fachkräften in der Schweiz ungenutzt. Die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit und eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für alle Eltern einfach umsetzbar sein. Dafür braucht es ein Angebot an Kindertagesstätten und Tagesschulen, welches den tatsächlichen Bedarf abdeckt.

- Erwerbsarbeit muss sich finanziell lohnen. Erwerbstätige Eltern sollen Gutscheine für professionelle Kinderbetreuung erhalten, welche bei einer Betreuungseinrichtung ihrer Wahl eingelöst werden können. Diese Art der Finanzierung erhöht die Wahlfreiheit und den Wettbewerb, wodurch Qualität und Vielfalt gestärkt werden.
- Wir verlangen eine Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit. Diese Reform wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und zur Chancengleichheit der verschiedenen Familienmodelle beitragen.

Erfolgsprojekt 3: Faire Altersvorsorge auch für Junge und Teilzeitangestellte

Das Drei-Säulen-System der schweizerischen Altersvorsorge ist ein Erfolgsmodell. Damit es mit den Veränderungen der Arbeitswelt und der Demografie Schritt halten kann, müssen wir es für die Zukunft fit machen. Parallel zur Reform der AHV muss auch die zweite Säule reformiert werden. Insbesondere muss die Benachteiligung von Jungen und Teilzeitangestellten ein Ende haben.

- Aufgrund der demografischen Entwicklung muss das Referenzrentenalter angepasst werden, in einem ersten Schritt auf 65 Jahre für alle. Zwingend ist auch eine stärkere Flexibilisierung. Eine Erwerbstätigkeit über das Referenzrentenalter hinaus muss sich finanziell lohnen.
- In der beruflichen Vorsorge muss die Umverteilung zu Lasten der Jungen endlich ein Ende haben. Der Mindestumwandlungssatz soll deshalb künftig nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erfolgen und nicht mehr politisch festgelegt werden.
- Der Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle bei der beruflichen Vorsorge bestrafen Teilzeitarbeitende und Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen. Das führt gerade bei vielen Frauen zu einer ungenügenden Vorsorgesituation. Die einzig faire Lösung ist die vollständige Abschaffung des Koordinationsabzuges und eine deutliche Senkung der Eintrittsschwelle.

Erfolgsprojekt 4: Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandortes Schweiz

Die Schweiz ist eines der innovativsten Länder der Welt, auch dank der hervorragenden Forschungseinrichtungen. Wir wollen unsere Position als führender Forschungsstandort weiter verbessern.

- Wir fordern eine Erweiterung der ETH-Standorte mit dem Aufbau einer ETH-Abteilung im Tessin als ideale Ergänzung zu den Standorten Zürich und Lausanne. Der Fokus soll dabei auf nachhaltigen Zukunftstechnologien liegen, wie zum Beispiel alternativen Proteinen, künstliche Intelligenz, Additive Manufacturing, 3D-Printing oder Bio-Werkstoffe.
- Die Teilnahme am europäischen Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» ist zentral und muss von der Politik mit einer hohen Priorität sichergestellt werden.
- Wir unterstützen eine Stärkung von Innosuisse im Rahmen der BFI-Botschaft.
- Wir engagieren uns für die Schaffung von Innovationsparks. Als ideale Schnittstelle zwischen Forschung, Start-Ups und etablierten Unternehmen. Die Rolle des Staates soll sich dabei auf Planung und Infrastruktur beschränken. Es sollen keine Betriebsbeiträge gesprochen werden.



Erfolgsprojekt 5: Chancengleichheit schaffen und Talente fördern

Chancengleichheit und die Förderung von Talenten sind ein Gebot der Fairness. Und sie sind zentral für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Insbesondere der Digitalisierung muss schon in der Schulbildung besser Rechnung getragen werden. Für die Kohäsion der Schweiz ist es zudem wichtig, dass Schülerinnen und Schüler auch Erfahrungen in anderen Sprachregionen des Landes sammeln können.

- Wir unterstützen einen gezielten Ausbau der Förderung von Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien, bspw. in der frühkindlichen Förderung.
- Die öffentlichen Schulen müssen ihre digitalen Kompetenzen auf allen Stufen umgehend verbessern. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler und erfordert einen ausreichenden Ausrüstungsstandard der Schulen und Klassen.
- Die internationale Vernetzung nimmt zu. Damit einher gehen höhere Anforderungen an die Sprachkenntnisse und die kulturellen Kompetenzen. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, sollen spätestens ab der Sekundarschule Austauschsemester innerhalb aller Sprachregionen der Schweiz und für Berufsschulen und Gymnasien innerhalb von Europa gestärkt werden (z.B. durch Erasmus+, wo sich die Schweiz ab 2021 wieder voll assoziieren soll).
- Die öffentliche Hand soll in Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben den Austausch von Lernenden innerhalb der Schweiz unterstützen und vereinfachen.
- Verbesserung der «Digital Literacy» in der gesamten Bevölkerung. Sämtliche Gesellschaftsgruppen, auch ältere Generationen, müssen ihre Digitalkompetenzen verbessern können.

Stärken wir Unternehmergeist und Wettbewerb: Sie sind die Basis von Innovation und wirtschaftlichem Erfolg



Die liberale Wirtschaftsordnung ist seit langem ein Trumpf der Schweiz. Sie basiert auf einem starken und zugleich schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Und auf einem funktionierenden und fairen Wettbewerb. In vielen Bereichen ist dieser Wettbewerb heute aber eingeschränkt oder verzerrt und die Regulierung des Arbeitsmarkts ist vielerorts nicht auf die heutige Realität angepasst. Die Digitalisierung und neue Arbeitsformen haben das Wirtschaftsleben verändert. Angebote, die früher zwangsläufig durch einen - oftmals staatlichen - Monopolisten angeboten wurden, können heute im freien Wettbewerb erbracht werden (bspw. im Bereich Telekommunikation). Und immer mehr Menschen haben heute mehrere Arbeitgeber oder sind selbständig tätig. Diesen Veränderungen müssen wir Rechnung tragen, damit unsere Wirtschaftsordnung und unser Arbeitsmarkt auch in Zukunft ein Standortvorteil bleiben.

Erfolgsprojekt 6: Liberaler Arbeitsmarkt und fairer Wettbewerb

Der Staat soll der Wirtschaft möglichst wenig Schranken auferlegen, aber dafür sorgen, dass auf funktionierenden Märkten ein gesunder und fairer Wettbewerb spielen kann. Im Schweizer Binnenmarkt gibt es diverse Monopole, Regulierungen und Marktverzerrungen, die einen fairen und effizienten Wettbewerb verhindern. Die Grünliberalen fordern eine rasche Bereinigung dieses schädlichen Zustandes.

- Regulatorische Hindernisse für innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle (z.B. Sharing Economy und Circular Economy) müssen beseitigt werden. Die bestehenden Regeln und Abgrenzungen zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit sind im digitalen Zeitalter nicht mehr zeitgemäss und müssen angepasst werden.

- Lobby-Gesetze, die einzig dem Schutz einzelner Branchen oder Unternehmen dienen, müssen abgeschafft oder liberalisiert werden. Aktuelle Beispiele sind die „Lex Booking.com“ oder das revidierte Fernmeldegesetz, welches zu einem Interessensgesetz für die Swisscom verkommen ist. Auch Heimatschutz für einzelne Berufsgruppen ist nicht mehr angebracht, Notarinnen und Notare sollen bspw. wie Anwältinnen und Anwälte schweizweit in Wettbewerb treten können.

Erfolgsprojekt 7: Staatsnahe Unternehmen fokussieren auf den Service public

Der Staat und staatsnahe Betriebe haben zentrale Aufgaben im Bereich der Infrastruktur und des Service public. Das soll auch in Zukunft so sein, jedoch mit Fokus auf ihre Kernaufgabe. Das zunehmende Vordringen des Staates und staatsnaher Betriebe in private Märkte schadet unserer Wirtschaft. Dabei entsteht ein verfälschter Wettbewerb, weil staatsnahe Unternehmen mit einer grossen Marktabdeckung und viel Kapital aus dem staatlich garantierten Monopol einen unfairen Wettbewerbsvorteil geniessen.

- Staatsnahe Unternehmen wie Post, Swisscom oder gewisse kantonale Energieversorger, IT-Unternehmen und Gebäudeversicherungen sollen sich auf ihren Auftrag im Bereich des Service public konzentrieren und nicht laufend in neue Geschäftsfelder vorstossen. Alternativ können die Bereiche im freien Wettbewerb abgetrennt und privatisiert werden.
- Der Strommarkt muss auch für Privatkunden endlich liberalisiert werden. Überreste des PTT-Monopols bei Postfinance und Swisscom sollen auch durch andere Marktteilnehmer abgedeckt werden dürfen.
- Die Grünliberalen sind offen dafür, dass Postfinance in Zukunft auch Hypotheken und Kredite anbieten darf. Voraussetzung dafür ist aber die vollständige Privatisierung. Es braucht keine weitere Staatsbank. Nur so wird ein fairer Markt unter Finanzdienstleistern geschaffen.

Erfolgsprojekt 8: Steuern verbessern, nicht erhöhen

Attraktive Steuersätze sind sowohl für natürliche Personen wie auch für Unternehmen ein wichtiger Standortvorteil. Diesen Trumpf soll die Schweiz nicht aus der Hand geben und gezielte Entlastungen beschliessen, welche sich volkswirtschaftlich auszahlen. Wichtig ist aber, dass Entlastungen nicht auf Partikularinteressen ausgerichtet sind oder gar zu Fehlanreizen führen. Wir wollen das Steuersystem deutlich vereinfachen und durch zielführende ökologische Anreize mit unseren Nachhaltigkeitszielen vereinbaren.

- Künftige steuerliche Entlastungen sollen möglichst allen Personen resp. Unternehmen zugutekommen, statt einzelne Branchen- oder Lobbyinteressen zu bedienen. Das ist ein Gebot der Fairness und der Effizienz.
- Gezielte Steuerabzüge können grosse Wirkung entfalten, bspw. für ökologische Sanierungen von Gebäuden oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie können aber auch reine Mitnahmeeffekte für hohe Einkommen verursachen oder gar falsche Anreize schaffen, bspw. dann, wenn nicht nachhaltige Mobilität steuerlich begünstigt wird. Das Steuersystem muss deshalb zwingend einfacher und effizienter werden.
- Wir verlangen eine Stärkung des Prinzips «tax bads, not goods». So unterstützen wir die Abschaffung der Umsatzabgabe (Stempelsteuer) bei nachhaltigen Anlagen und zum Aufbau von Eigenkapital. Anlagen in nicht nachhaltigen Sektoren (z.B. fossile Energiewirtschaft) sind dafür stärker zu belasten.

Schützen wir unsere Lebensgrundlagen: Werden wir Vorreiter beim Schutz von Klima und Biodiversität

Die Schweiz muss international die Vorreiterrolle beim Schutz von Klima und Biodiversität übernehmen. Rasch und konsequent. Das fossile Zeitalter gehört ins Museum. Dafür brauchen wir ein ambitioniertes CO₂-Reduktionsziel im Inland und Qualitätssicherung bei der Kompensation im Ausland. Vor allem braucht es aber wirksame, liberale Massnahmen im gesamten Einflussbereich der Schweiz. Neben den Gebäuden endlich auch beim Strassen- und Flugverkehr sowie bei der Landwirtschaft und der Ernährung. Das vorliegende CO₂-Gesetz ist ein erster, zielführender Schritt in die richtige Richtung. Es geht allerdings noch klar zu wenig weit. Die ökologische Wende ist möglich, die Technologien für eine erneuerbar versorgte, klimaneutrale Schweiz sind vorhanden. Und wenn wir die Energiewende richtig umsetzen, bietet sie eine grosse Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.



Erfolgsprojekt 9: Erneuerbare Energien, Effizienz und Speicherung

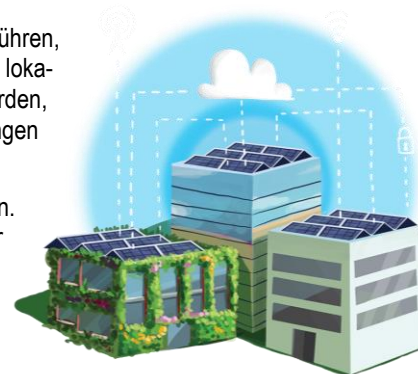
Die Schweiz gehört europaweit zu den Schlusslichtern beim Ausbau von Solar- und Windenergie, obwohl sich dieser wirtschaftlich längst lohnt. Zudem verschwenden wir in der Schweiz viel Energie ungenutzt, obwohl die beste Kilowattstunde diejenige ist, die gar nicht erst gebraucht wird. Als Cleantech-Standort verfügen wir über ideale Voraussetzungen, um den Umbau unseres Energiesystems von fossilen hin zu erneuerbaren Energien voranzutreiben und dabei eine international führende Rolle einzunehmen. Der Hauptpfeiler der Energieversorgung der Zukunft ist die Elektrizität.

- Die Grünliberalen fordern einen raschen Abbau von regulatorischen Hürden und Fehlanreizen zu Gunsten einer verstärkten einheimischen Energieerzeugung. Dringend nötig sind die Einführung verursachergerechter Netzgebühren sowie unbürokratischere Genehmigungsverfahren für Photovoltaik- und Wind- und Wasserkraftanlagen. Schweizer Energieunternehmen investieren seit Jahren vor allem im Ausland. Deshalb muss die Investitionssicherheit für alle erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen in der Schweiz verbessert werden.
- Die Schweiz kann als Batterie Europas eine wichtige Rolle übernehmen, um die Energiewende auf dem gesamten Kontinent so schnell wie möglich umzusetzen. Zentral dafür ist der zeitnahe Abschluss eines Stromabkommens mit der EU, welches unter anderem Investitionen in zusätzliche Speicherkraftwerke auslösen könnte. Zudem fordern wir eine nationale Strategie für den Ausbau von dezentralen Speichern für die kurz- und langfristige Energiespeicherung. Batterien, Wasserstoff, Syngas und Synfuels ergänzen sich in der Speicher- und Transportfähigkeit optimal.
- Die Systemeffizienz muss durch eine regulatorische Harmonisierung und Förderung von smarten Steuerungen (Smart Grids) erfolgen. So wird das bestehende Stromnetz besser ausgelastet und Produktion und Verbrauch werden in Einklang gebracht. Damit können Stromüberschüsse sinnvoll genutzt oder über die Speicherung zeitlich verschoben werden.
- Mit Energieeffizienz-Massnahmen haben wir seit 2010 den Stromverbrauch pro Kopf um 12.6% reduzieren können. Intelligente, einsatzbereite Technologien ermöglichen weitere hohe Effizienzgewinne. Die Anreize für Investitionen in Energieeffizienz sind umgehend zu verbessern – erst recht in Zeiten von tiefen Energiepreisen.

Erfolgsprojekt 10: Jedes Gebäude wird ein Kraftwerk

Im existierenden Gebäudepark der Schweiz steckt ein enormes energetisches Potenzial: Dank energetischen Renovationen, der Installation von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden und der Nutzung von Elektroautos ist ein hoher Anteil an energetischer Selbstversorgung für viele Gebäude möglich.

- Für eine Renovationsoffensive sind CO₂-Maximalwerte im CO₂-Gesetz einzuführen, welche zu besseren Gebäudestandards und damit zu mehr Energieeffizienz und lokaler Energieproduktion führen. Die Gebäudeprogramme müssen vereinfacht werden, damit Gebäudehüllen rasch erneuert werden und der Ersatz von fossilen Heizungen flächendeckend Realität wird.
- Die Vorbildrolle des Staates im Gebäudebereich ist auf allen Ebenen zu verstärken. Die öffentlichen Gebäude müssen bis 2040 klimaneutral werden und die dafür notwendigen Investitionen müssen umgehend ausgelöst werden. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der erneuerbaren Wärmeversorgung (Fern-/Nahwärmeverbünde).



Erfolgsprojekt 11: Das Potential der pflanzlichen Ernährung nutzen

Die Ernährung verursacht 20-30 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Ohne Beitrag der Ernährung sind die Klimaziele nicht zu erreichen. Für die Gesundheit der Menschen und den Erhalt der Lebensgrundlagen ist entscheidend, was wir essen und wie diese Lebensmittel produziert werden. Produktion und Konsum von Fleisch brauchen ein vielfaches an Ressourcen (Boden, Energie, Wasser) und verursachen damit viel mehr Umweltschäden als pflanzliche Ernährung. Pflanzliche Fleischersatzprodukte haben sich stark weiterentwickelt und etabliert. Dennoch wird in der Klimapolitik die Ernährung im Vergleich zu Gebäuden oder Mobilität vernachlässigt. Auch aus Sicht der Gesundheit ist der Anteil tierischer Produkte an unserer Ernährung viel zu hoch. Dazu kommen Probleme wie Antibiotikaresistenz aufgrund der Nutztierhaltung.

- Mit den Milliardenbeiträgen an die Landwirtschaft nimmt der Staat direkt Einfluss auf die Ernährung. Das Direktzahlungssystem soll deshalb einen viel stärkeren Fokus auf die pflanzliche Produktion bekommen und so das enorme Potential für Umwelt, Klima und Gesundheit nutzen.
- Fehlanreize wie Mindesttierzahlen bei Direktzahlungen oder staatliche Subventionen zur Entlastung des Fleischmarktes, an Verwertungsmassnahmen für Inlandeier oder Infrastrukturbeiträge für Schlachtviehmärkte sind abzuschaffen.

Erfolgsprojekt 12: Green Bonds für mehr Klimainvestitionen

Damit wir die Klimaziele von Paris erreichen, braucht es Grossprojekte zugunsten der Energiewende. Gerade in neue Technologien mit hohem Investitionsrisiko, geringen Erfahrungswerten und langen Investitionszeiträumen wird heute noch zu wenig investiert.

- Ein «Swiss Sustainable Development Fund» soll die notwendigen Investitionen im Umwelt- und Klimabereich mitfinanzieren und private Gelder mobilisieren. Das Hauptziel des Fonds soll die Minimierung des Risikos sein, um die Attraktivität für private Investoren zu steigern. Beispielsweise können neue Speichertechnologien, die Entwicklung von synthetischem Kerosin oder Investitionsprojekte zum Erhalt der Biodiversität durch den Fonds finanziert werden.
- Der «Swiss Sustainable Development Fund» soll im Eigentum des Bundes stehen und hauptsächlich durch die Ausgabe von Green Bonds finanziert werden. Dabei handelt es sich um Bundesanleihen, deren Emissionsergebnis für die Einlage in den Fonds zweckgebunden ist. Dadurch eröffnen sich für institutionelle Anleger wie auch für Kleinsparerinnen und -sparer neue nachhaltige Investitionsmöglichkeiten.

Erfolgsprojekt 13: Offensive zur Stärkung der Biodiversität

Die Schweiz ist beim Schutz der Biodiversität kein Vorbild. Im Gegenteil: Wir sind ein Schlusslicht beim Anteil der Naturschutzgebiete an der Landesfläche und haben eine der längsten roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten. Aus dem Raubbau an unseren Lebensgrundlagen entstehen Gefahren für uns Menschen, wie etwa Pandemien, die eine Folge unseres Umgangs mit der Umwelt sein können.

- Die Sanierung der Biotop von nationaler Bedeutung, wie z. B. der Moore oder der Auen, muss zeitnah erfolgen, um die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zu ihrem Schutz zu gewährleisten. Eine umfassende Sanierung dieser Biotop wird gerade in ländlichen Regionen Arbeitsplätze und Wertschöpfung schaffen.
- Die vielen umsetzungsreifen Renaturierungen von Gewässern und Mooren müssen endlich unbürokratisch finanziert und rasch umgesetzt werden.
- Die Landwirtschaft soll durch eine ökologische Reform des Direktzahlungssystems endlich bessere Anreize zum Schutz der Biodiversität erhalten. Der durch den Import von jährlich rund 1.5 Millionen Tonnen Futtermittel bedingte Nährstoffüberschuss in der Landwirtschaft muss gesenkt werden. Insektenfreundlichen Mähwerken ist flächendeckend zum Durchbruch zu verhelfen.
- Wir brauchen dringend mehr Biodiversität im Siedlungsraum. Die nötigen Massnahmen umfassen die naturnahe Gestaltung von Stadtparks, die Entsiegelung von betonierten Flächen, die Begrünung von Dächern und Wänden, die Pflanzung von mehr Bäumen sowie die Förderung von wildtierfreundlichen Gebäudehüllen mit Nistmöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse.
- Für Vögel gefährliche Strommasten und Leitungen müssen gemeinsam mit Netzbetreibern und Eisenbahnunternehmen rasch saniert werden.
- Es braucht Massnahmen, damit keine invasiven, gebietsfremden Pflanzen und Tiere eingeführt und in die Natur ausgesetzt werden. Weiter ist der Handel zu verpflichten, Neophyten als solche zu kennzeichnen (sofern ihre Einfuhr erlaubt ist). Invasive Bäume und Sträucher sind im Einflussbereich des Staates durch einheimische trockenheitsresistente Arten zu ersetzen.



Erfolgsprojekt 14: Weniger Abfall, mehr Kreislaufwirtschaft

In der Schweiz entstehen jährlich rund 80 bis 90 Millionen Tonnen Abfall. Den mengenmässig grössten Anteil macht der Bausektor aus. An zweiter Stelle folgen die stetig steigenden Siedlungsabfälle. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass unsere Wirtschaft die Entstehung von Abfall gezielter vermeidet und vermehrt zu einer Kreislaufwirtschaft wird.

- Das öffentliche Beschaffungswesen hat als Vorbild voranzugehen. Nachhaltigkeit und Lifecycle-Betrachtungen müssen zentrale Kriterien für alle öffentlichen Beschaffungen sein.
- Wir verlangen zusätzliche Anreize innerhalb des Nationalfonds für vermehrte Forschung und Leuchtturmprojekte im Bereich der biobasierten Ersatzstoffe für Zement und petrochemische Produkte.
- Machen wir die Schweiz in allen Bereichen zum Recycling-Land Nummer 1. Dafür fordern die Grünliberalen den Abbau regulatorischer Hürden sowie klare Rahmenbedingungen für vermehrtes Recycling und Verwertung (Kunststoffe, Baumaterialien, etc.)
- Alle Kehrriechverbrennungsanlagen müssen mit neuen CO₂-Abfangstechnologien nachgerüstet werden.

Investieren wir intelligent: Digitalisierung und Mobilität kombinieren

Die Corona-Krise hat exemplarisch gezeigt, wie wichtig die Verbreitung von digitalen Hilfsmitteln wie Videokonferenzen und Telearbeit sowie eine gut funktionierende Infrastruktur sind. Wenn wir die nötigen Investitionen in die Digitalisierung und die Mobilität koordiniert planen, sparen wir nicht nur viel Geld, wir erhöhen auch den Komfort für alle und schonen die Umwelt. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hinkt die Schweiz bei der Digitalisierung aber hinterher und bei der Mobilität setzen wir immer noch weitgehend auf Ausbau statt auf cleveres Verkehrsmanagement und Verkehrsvermeidung. Digitalisierung darf kein Schlagwort bleiben, vielmehr muss die Politik die riesige Chance endlich beim Schopf packen und sie in allen Bereichen prioritär und koordiniert vorantreiben.



Erfolgsprojekt 15: Intelligente Mobilität

Die Corona-Krise hat eindrücklich die gewaltige Last aufgezeigt, die das Berufspendeln auf unser Verkehrssystem ausübt. Die vermehrte Nutzung von Home-Office, Telearbeit und Videokonferenzen können die täglichen Pendlerströme und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten massiv reduzieren. Durch mehr Intelligenz statt Beton können die Mobilitätsspitzen in Zukunft stärker gebrochen werden, was Steuergeld spart und die Umwelt schont. Zudem ist es zentral, dass der Flugverkehr innerhalb Europas durch Investitionen in Nacht- und Hochgeschwindigkeitszüge reduziert wird.

- Intelligenz statt Beton: Durch ein besseres Mobilitätsmanagement können Verkehrsspitzen massiv reduziert werden. Neben technischen Massnahmen im Strassenverkehr und Mobility Pricing können hier auch flexiblere Arbeitszeiten und angepasste Schulzeiten einen grossen Beitrag gegen denn unnötigen Ausbau von Strasse und Schiene leisten. Hier sind Akteure auf allen staatlichen Ebenen in der Verantwortung. Der Einsatz von Geldern in Infrastrukturprojekte ist konsequent an Kriterien zur Verkehrsvermeidung und zur Glättung von Verkehrsspitzen zu binden.
- Verkehrsvermeidung: Digitale Lösungen haben sich in der Krise bestens bewährt und sind geeignet, einen Teil unseres Mobilitätsaufkommens bei gleichzeitiger Steigerung der Qualität zu reduzieren. Die öffentliche Verwaltung und Hochschulen sollen eine Vorreiterrolle einnehmen und Home-Office und Telearbeit breit ermöglichen.
- Offensive für Langsamverkehr: Neue Velo-Schnellstrassen verbessern die Lebensqualität und die Attraktivität des Langsamverkehrs in Städten, Agglomerationen wie in ländlichen Gebieten.
- Nachhaltiger Personenverkehr innerhalb von Europa: Es braucht eine neue Verlagerungspolitik von der Luft auf die Schiene. Dringend notwendig dafür sind eine bessere Anbindung der Schweiz an das europäische Hochgeschwindigkeits-, Zug- und Nachtzugnetz sowie einfache Buchungs- und Reservationslösungen.
- In Zeiten von strukturell tiefen Ölpreisen ist die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Treibstoffe zu forcieren. Zudem sind die Anreize für den Umstieg auf CO₂-freie Antriebsarten zu verstärken, indem die Flottenziele verschärft, klimaschädliche "Rabattsysteme" abgeschafft, die Motorfahrzeugsteuer modernisiert und konsequent in Ladeinfrastrukturen zu Hause und am Arbeitsplatz investiert wird (z.B. via Klimafonds).

Erfolgsprojekt 16: Rascher Ausbau der digitalen Infrastruktur

Es braucht regulatorische Massnahmen, damit ein schnellerer Ausbau der digitalen Infrastruktur erfolgen kann. Diese Infrastruktur bildet die Basis für einen effizienten Ressourceneinsatz im Verkehr, bei der Energieversorgung und der Landwirtschaft. Dabei soll zwischen Infrastruktur (staatlich) und Betrieb (privat) unterschieden werden. Vor allem in ländlichen Regionen hat die Schweiz grossen Nachholbedarf.

- Zur Schaffung einer zeitgemässen digitalen Infrastruktur braucht es eine Offensive beim Ausbau des Glasfaser- und 5G-Netzes. Dadurch können Wertschöpfung und Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Die regulatorischen Voraussetzungen für einen raschen Ausbau sind unverzüglich zu schaffen.
- Parallel dazu sind Subventionen in alte Technologien abzuschaffen und wo weiterhin nötig auf neue Technologien anzupassen.

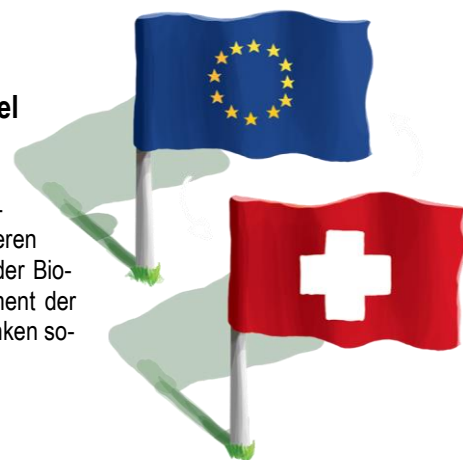
Erfolgsprojekt 17: Schweizweite IT- und Datenstrategie

Die transparente Nutzung von Daten und ihr Nutzungszweck müssen zum Wohl der Gesellschaft in einer schweizweiten IT- und Datenstrategie festgehalten werden.

- Wir engagieren uns für die lückenlose Nutzung des nationalen elektronischen Patientendossiers sowie einer nationalen Gesundheits-IT-Infrastruktur unter Wahrung des Datenschutzes (Verpflichtung für alle Leistungserbringer und Anreize für Patientinnen und Patienten zur Nutzung des elektronische Patientendossiers unter Wahrung des Datenschutzes).
- Es braucht gemeinsame Datenstandards und Interoperabilität innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bund und Kantonen. Die Entwicklung von Insellösungen ist gezielt zu vermeiden.
- Die Koordination zwischen den verschiedenen Staatsebenen muss im IT-Bereich stark verbessert werden. Kantone, Gemeinden oder einzelne Ämter sollen einfacher auf IT-Lösungen anderer staatlicher Akteure zurückgreifen können. Dies erhöht die Effizienz und spart Kosten. Der Weg dahin führt über Anreize und Transparenz, nicht über vorgeschriebene Zentralisierung. Damit bleiben auch Wettbewerb und Innovationsfähigkeit gewährleistet.
- Die Umsetzung des barrierefreien und digitalen Zugangs von zu Hause auf alle Amtsgeschäfte unter Wahrung der Sicherheit muss mit hoher Priorität angegangen werden.

Zusammen sind wir stärker: Setzen wir auf mehr Europa, Handel & Zusammenarbeit

Als globalisierter Kleinstaat haben wir ein besonderes Interesse an einer erfolgreichen internationalen Zusammenarbeit. Gute Handelsbeziehungen sichern unseren Wohlstand. Globale Krisen wie der Klimawandel, Pandemien oder der Verlust der Biodiversität lassen sich nur international lösen. Deshalb wollen wir das Engagement der Schweiz in internationalen Organisationen wie der UNO und der Entwicklungsbanken sowie die strategische Position des internationalen Standorts Genf stärken.



Erfolgsprojekt 18: Handel und Kooperation

Freihandel und Wirtschaftspartnerschaften sichern unseren Wohlstand. Mit den entsprechenden sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen bieten sie zudem für alle Länder eine Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dies schafft Stabilität, fördert Frieden und lindert die Armut in der Welt. Der internationale Handel mit Gütern muss – genauso wie die inländische Produktion – nachhaltig werden und somit die externen Kosten decken.

- Die Schweiz soll ihre Freihandelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften stetig weiterentwickeln und neue Abkommen anstreben. Nachhaltigkeitskriterien und Investitionsschutzabkommen sind dabei stets einzubeziehen. Die konsequente Durchführung von Nachhaltigkeits- und Umweltverträglichkeitsstudien für Freihandelsabkommen ist Voraussetzung dafür.

- Wir engagieren uns für die Abschaffung von Zöllen, welche einzig Protektionismus und einen Steuerzweck verfolgen. Mit Border Tax Adjustments im Sinne einer Lenkungsabgabe ist jedoch die durch den Handel verursachte Umwelt- und Klimabelastung auszugleichen. Dies kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern führt auch zu einem fairen Wettbewerb. Der Umwelt- und Klima-Ausgleich fördert eine nachhaltige Produktion und einen nachhaltigen Konsum, ohne dass die inländischen Produzenten dadurch einen Wettbewerbsnachteil erleiden. Die Lenkungsabgabe muss zurückverteilt werden.
- Mit Staaten, welche vergleichbare Lenkungsabgaben wie die Schweiz kennen, sollen so genannte Climate-Clubs gebildet werden. Der Handel zwischen der Schweiz und diesen Staaten wäre von den Border Tax Adjustments (CO₂-Importabgabe) befreit.
- Wir unterstützen eine generelle Tarifsenkung für Importe aus Least Developed Countries (LDCs).

Erfolgsprojekt 19: Mehr Europa

Wir wollen die gemeinsamen Werte der Schweiz und ihrer europäischen Partner wie die Menschenrechte und die Demokratie schützen und stärken. Wir wollen in ganz Europa gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilnehmen und Bildung erwerben können. Und wir wollen, dass Güter und Dienstleistungen innerhalb von Europa ohne Hürden frei bewegt und gehandelt werden können.

- Die Grünliberalen fordern den baldigen Abschluss eines Rahmenabkommens mit der Europäischen Union. Nur mit einer Weiterentwicklung der bilateralen Verträge können unsere Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen auch künftig gleichberechtigt in ganz Europa verkaufen. Unsere Hochschulen können weiter von europäischen Forschungsprogrammen profitieren und unsere Studierenden behalten den freien Zugang zu europäischen Universitäten. Zudem können bei zentralen Themen wie Energie, Börse oder Forschung endlich neue Verträge abgeschlossen werden, die unserem Land neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.
- Wir streben eine Kooperation mit der Europäischen Kommission beim European Green Deal an. Von besonderem Interesse sind dabei der Ausbau des europäischen Hochgeschwindigkeits- und Güterzug-Netzes sowie der europäischen Power2X/Wasserstoff-Strategie für eine klimaneutrale Schwerindustrie.
- Wir unterstützen die Assoziierung mit dem europäischen Batterie-Forschungsprojekt über SeNSE-Batterien (Lithium-Ionen-Batterien) zur Erforschung von kostengünstigen Stromspeichern.
- Wir unterstützen die Teilnahme am europäischen Lastenausgleich sowie seiner Weiterentwicklung.
- Wir engagieren uns für eine verstärkte Kooperation zur Förderung der Berufsbildung mit einem Fokus auf Austauschprogramme.

Erfolgsprojekt 20: Stärkung der Entwicklungshilfe und des internationalen Klima- und Naturschutzes

Die öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) betrug in der Schweiz im Jahr 2019 0,44 Prozent. Damit liegt die Schweiz zum Teil deutlich hinter anderen europäischen Staaten mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen zurück. So wiesen z.B. Luxemburg, Norwegen, Schweden, Dänemark und Grossbritannien deutlich höhere Anteile auf und erreichten den von der UNO geforderten Wert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Auch beim internationalen Klima- und Naturschutz gibt es grossen Handlungsbedarf, besonders im Bereich der Biodiversität.

- Wir verlangen eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf den von der UNO geforderten Wert von 0,7 Prozent des BNE.
- Es braucht eine Stärkung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen.

- Der Biodiversitätskonvention der UNO sowie der Schweizer Teilnahme an der Weltnaturschutzkonferenz 2021 muss aussenpolitisch eine hohe Priorität zukommen.
- Wir unterstützen eine finanzielle und diplomatische Unterstützung des REDD-Programmes der UNO zum Schutz der verbliebenen tropischen Regenwälder.
- Auf Rückstufungen von gefährdeten Arten in der Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume ist konsequent zu verzichten.
- Wir wollen, dass Energie- und Klimaprojekte vermehrt Teil von Entwicklungshilfe-projekten sind. Dadurch können lokale Arbeitsplätze geschaffen werden, die dem Klimaschutz und der Bevölkerung dienen.

Die Grünliberalen werden sich auf allen Ebenen für diese Erfolgsprojekte einsetzen - damit die 2020er Jahre eine Erfolgsgeschichte werden. Zu verschiedenen Forderungen sind bereits Vorstösse eingereicht worden, weitere folgen in den kommenden Wochen und Monaten. Aus unseren Visionen entstehen konkrete Ideen und diese setzen wir um.